

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1917**

164 (17.7.1917)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postämter monatl. 2,70 M., 1/2jähr. 2,70 M., zugestellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 3 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,06 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Dienstag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A., Platanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

### Der Kampf um die Parlamentarisierung.

\* Karlsruhe, 17. Juli 1917.

In die Zwiburg der preussischen Junkerkaste ist Broche geschlagen. Zwar werden die Konserverativen alles daran setzen, um der Durchführung des Reichstagswahlrechts in Strafen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. An der Tatsache selbst, daß das junkerliche Wahlrecht bald aufgehört haben wird zu existieren, wird der verzweifelte Widerstand der Konserverativen aber nichts mehr zu ändern vermögen. Denn der preussische Landtag, die durch den letzten kaiserlichen Erlass angekündigte Wahlrechtsvorlage ab, dann wird die Erledigung derselben eben auf anderem Wege erfolgen müssen.

Weniger gefürcht ist die Lage hinsichtlich der Parlamentarisierung der Reichsregierung. Zwar ist auch dafür im Reichstag eine Mehrheit vorhanden, von der man aber immer noch im Zweifel ist, ob sie stark genug sein wird, die der Parlamentarisierung entgegenstehenden Widerstände und Hindernisse zu überwinden. Fest und bestimmt ist nur die Haltung der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei. Das Zentrum hat sich zwar auch für die Parlamentarisierung ausgesprochen, allein innerhalb seiner Reihen macht sich eine nicht unbedeutende Opposition dagegen bemerkbar. Eine grundsätzliche Stellung nimmt das Zentrum in dieser Frage so wenig ein wie in anderen wichtigen politischen Fragen. Merkt das Zentrum, daß die Parlamentarisierung nicht mehr zu verhindern ist, dann bleibt es fest, andernfalls wird man mit einem Umfall des Zentrums rechnen müssen. Im Zentrum selbst sind die Gegenkräfte über die Frage der Parlamentarisierung anscheinend sehr groß. Der stärkste Widerstand kommt aus Bayern. Der „Bayerische Kurier“ veröffentlichte diese Tage einen Artikel, in welchem die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems als mit den Grundgesetzen des Reichs unvereinbar erklärt wird. Das Zentrum habe sich in seinem Programm ausdrücklich auf den Boden der Verfassung der Einzelstaaten und im Reich gestellt und damit den Sandpunkt der konstitutionellen Staatsverfassung und der liberalen Grundzüge des Reichs als feste Parteigrundzüge proklamiert. Wer diese Grundzüge nicht hochhalte, könne und dürfe nicht Mitglied der Zentrumspartei sein und bleiben. In dem Artikel heißt es zum Schluß:

Wir haben mit aller Deutlichkeit gesprochen; diejenigen, die es angeht, werden wissen, was wir meinen. Das bayerische Zentrum kann und wird eine Befehung der hier behandelten Parteigrundzüge niemals mitmachen. Wer glaubt, diese Grundzüge nunmehr aufgeben zu können, mag hieraus die Konsequenzen ziehen, gleichviel, welche Stellung er bisher innerhalb der Zentrumspartei eingenommen hat.

Diese Sprache klingt zwar etwas forsch, allein wir glauben nicht, daß die Anhänger der Parlamentarisierung im Zentrum sich dadurch einschüchtern lassen werden. Immerhin zeigt der Artikel, daß der Kampf um die Parlamentarisierung das letzte Stadium noch nicht erreicht hat. Die Schwierigkeiten wären erheblich geringer, wenn die Nationalliberalen einen festen und klaren Standpunkt einnehmen würden. Leider ist das nicht der Fall. „Grundsätzlich“ sind die Nationalliberalen mit der Parlamentarisierung einverstanden, nur darf deren Durchführung nicht übereilt werden und vor allem darf sie nicht konsequent sein. Vor den Konsequenzen der liberalen Grundzüge fürchten sich die Nationalliberalen, wie vor dem leibhaftigen Gottseibeiuns. „Nimmer langam voran, damit der Krähwinkler Landsturm auch nachkommen kann“, ist die Parole der Nationalliberalen immer gewesen. Es sind jetzt ungefähr 40 Jahre her, daß der einstige Führer der Nationalliberalen, Abg. Bennigsen, die Forderung verantwortlicher Reichsminister erhoben hat. Für diese Forderung war auch der damalige Führer der badiischen Nationalliberalen, Abg. Kiefer. Doch diese Forderung heute noch auf Schwierigkeiten stößt, zeigt, wie wenig der deutsche Liberalismus sich seiner politischen Aufgabe gewachsen gezeigt hat. Die Forderung verantwortlicher Reichsminister hat natürlich nur dann politischen Sinn und Zweck, wenn der Reichstag ein politischer Machtfaktor ist, das heißt, wenn die Parlamentarisierung durchgeführt wird. Eine entsprechende Veränderung der Reichsverfassung ist notwendig und unüberwindlich zu machen, wenn der Reichstag den dazu nötigen entscheidenden Willen hat. Daran hat er es leider bisher fehlen lassen.

Der Hinweis auf die Zersplitterung der Parteien, die dem parlamentarischen Regierungssystem im Wege stehen, ist nicht stichhaltig. Gaben die Parteien erst einmal die Verantwortung, dann werden sie ihre Taktik sehr reich entsprechend einrichten. Das war ja der verhängnisvolle Fehler in der bisherigen Politik des Reichs, daß der Reichstag politisch

machtlos und daß infolgedessen auch die politische und taktische Haltung der Parteien nicht von politischer Verantwortung diktiert war. Darin wird in dem Augenblick eine Veränderung eintreten, wo der Reichstag sich für alle seine Beschlüsse politisch verantwortlich fühlt.

Der Zusammenhang zwischen Regierung und Volk findet nur im parlamentarischen Regierungssystem seinen einzig richtigen Ausdruck, ganz abgesehen davon, daß das rein bürokratische Beamtenregiment nach allen Richtungen verengt hat. Wie schwer es ist, eine ihren Aufgaben gewachsene Regierung aus Nur-Beamten zusammenzusetzen, das lehrt

die ganze politische Geschichte Deutschlands und seiner Bundesstaaten in den letzten Jahrzehnten. Will man den wirklich Tüchtigen und Befähigten die Bahn zur Entfaltung ihrer Kräfte freimachen, dann bleibt gar nichts anderes übrig, als die Parlamentarisierung, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als die Verwandlung des bürokratischen Obrigkeitsstaates in den demokratisch regierten Volksstaat. Nur auf diesem Wege kann die Lösung der jetzigen Krise gesucht und auch gefunden werden. Wenn ein Volk, so ist das deutsche würdig, reif und fähig für die Parlamentarisierung der Regierung.

### Angriffe der Engländer abgewiesen. — Der Kampf in der Westschampagne dauert fort.

#### Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 16. Juli. (Amtlich.)

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Gestern morgen vertrieben die Engländer in dreimaligem Angriff die bei Lombartzyde verlorenen Stellungen zurückzugewinnen; stets wurden sie verlustreich abgewiesen.

Das tagsüber mäßige Feuer schwoll abends sowohl an der Küste wie von der Yser bis zur Yps zum starken Artilleriekampf an, der auch nachts lebhaft blieb.

Vom La Bassée-Kanal bis auf das Südufer der Scarpe war in den letzten Tagesstunden die Feuerstätigkeit gesteigert.

Nordwestlich von Lens und Fresnoy wurden starke englische Erkundungsabteilungen zurückgeworfen.

##### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In heftigen aber vergeblichen Angriffen bemühten sich die Franzosen, die von uns südlich von Courtecon genommene Stellung zurückzuerobern. Hier wie bei gescheiterten Angriffen südlich des Gehöftes La Voiselles hatten sie schwere Verluste. Auch nordöstlich von Silleryim Desletal schlug ein Vorstoß des Feindes fehl.

In der Westschampagne waren einige unserer vorderen Gräben bei Abschluß der nächtlichen Kämpfe in Feindeshand geblieben. Während um Hochberg die am Abend wieder zurückgewonnenen Gräben nicht dauernd behauptet wurden, ist am Hochberg nach erbittertem Nahkampf unsere alte Linie wieder erreicht. Eine größere Zahl von Gefangenen und einige Maschinengewehre sind von beiden Gesichtspunkten eingebracht worden.

Mit kurzer Unterbrechung während der Nacht dauert lebhafter Feuerkampf auf dem westlichen Maasufer an.

##### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Regie Artillerietätigkeit zwischen Maas und Meisel, wo am 14. Juli eine Erkundung bei Neuenawille durch Einbringen zahlreicher Gefangener guten Erfolg hatte.

#### Östlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Zwischen Ostree und Karpathen lebhafteste Gefechtsstätigkeit nur bei Riga und südlich von Dinaburg.

In den Waldkarpathen wurden mehrfach russische Streifabteilungen vertrieben.

In der rumänischen Ebene nahm abends in einzelnen Abschnitten das Feuer zu.

Im Donaudelta wiesen bulgarische Sicherungen vorgestern einen russischen Ueberfall durch Gegenstoß zurück.

#### Mazedonische Front

Die Lage ist unverändert.

#### Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

#### Deutscher Abendbericht.

W.W. Berlin, 16. Juli, abends. (Amtlich.) Im Westen mehrfach lebhafteste Feuerstätigkeit, im Osten keine größeren Kampfhandlungen.

#### Erfolgreiche Luftangriffe auf die Hafenanlagen von Arensburg und die Seeflugstation Wapenhelm.

Berlin, 16. Juli. (Amtlich.) Die Hafenanlagen von Arensburg und die russische Seeflugstation Wapenhelm auf der Insel Desel wurden von den Flugzeugeschwadern der östlichen Ostree in den letzten Tagen wiederholt und erfolgreich mit Bomben angegriffen. Die Flugzeuge sind sämtlich unbeschadet zurückgekehrt.

#### Der Chef des Admiralstabs der Marine.

#### Die Kriegslage.

Berlin, 16. Juli. Nachdem die Engländer am 15. Juli, 4 Uhr vormittags, bei Lombartzyde dreimal blutig abgewiesen worden waren, sammelten sich um 11 Uhr vormittags abermals ihre Sturmtruppen beiderseits der Straße Lombartzyde Nieuport. Das sofort einsetzende kräftige Beschießungsfeuer auf die feindlichen Gräben ließ jedoch den geplanten Angriff nicht aufkommen.

Im Artois fand in der Nacht vom 14. zum 15. Juli gleichzeitig mit den gemeldeten feindlichen Vorstößen ein weiterer Angriff einer starken englischen Erkundungsabteilung bei Bullecourt statt. Er scheiterte wie die übrigen. Der an einer Stelle eingedrungene Feind wurde im Nahkampf wieder geworfen. Das Feuer war besonders am Abend und in der Nacht lebhaft gesteigert. Unsere Batterien beschossen die Bahnhöfe Loenz, Les Mesnes und Arras. Verschiedene feindliche Patrouillen wurden vertrieben, während eine eigene Patrouille östlich von Bullecourt Gefangene einbrachte. Südwestlich von St Quentin wurde ein feindlicher Fesselballon von einem unserer Flieger abgeschossen.

Die Zahl der aus dem erfolgreichen Vorstoß südwestlich von Courtecon eingebrachten Gefangenen erhöhte sich auf 375. Bei den fünf Stößen in der Nacht vom 14. zum 15. versuchten französischen Gegenstößen, die auch im Laufe des Tages mehrfach wiederholt wurden, erlitten die Franzosen außergewöhnlich schwere Verluste. Der gemeldete Angriff auf den Bovelles-Rücken wurde durch zwei-stündiges schweres Artillerie- und Minenfeuer aller Kaliber vorbereitet, das sich um 5 Uhr 25 Minuten nachmittags zum Trommelfeuer steigerte. Der in unserem Feuer zusammenstößende Angriff kostete die Franzosen abermals schwere blutige Verluste.

Unsere Flieger belegten in der Nacht vom 15. auf 16. Juli die Orte Chalons, Fresnoy und Mourmelon le Grand ausgiebig mit Bomben und griffen sodann lohnende Ziele mit Maschinengewehrfeuer an.

Eine in der Nacht zum 16. Juli nach starker feindlicher Artillerievorbereitung gegen unsere Stellung nordöstlich von Franchy vorstößende Erkundungsabteilung wurde mit Handgranaten und Infanteriefeuer vertrieben. Westlich der Maas wiesen wir in der Morgenröthe des 15. Juli einen starken feindlichen Vorstoß gegen die Höhe 304 zurück. Das feindliche Feuer ging am Nachmittag in kräftigen Feuerüberfall über und steigerte sich von 5 Uhr abends zu großer Stärke auf die Kampfstellung der Höhe 304. Erst gegen Mitternacht flaute es ab, um mit Tagesanbruch erneut gegen unsere Stellungen von Avocourt bis zur Maas einzusetzen.

Im Osten hielt der Regen an. Wir trüben zur Verbesserung der Stellung nördlich und nordöstlich von Kalucz um etwa einen Kilometer vor und wiesen Gegenangriffe ab. In den Karpathen war bei Regen und Nebel das feindliche Feuer am Tartarenpaß und nördlich davon sowie an der Ditozstraße zeitweise etwas lebhaft. Mehrfache russische Patrouillenvorstöße wurden zurückgewiesen.

In Rumänien lebhaftere Gefechtsstätigkeit, namentlich zwischen Donau und Rimnik sowie Fiaccea. 1 Uhr nachts wurde Brislava vom Gegner heftig durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer beschossen. Ein von Karakacz nach Kartal marchierendes Bataillon wurde unter Feuer genommen. Unsere Artillerie setzte ihr Beschießungsfeuer auf feindliche Anlagen südlich der Rimnik fort. Der Bahnhof Marafesti wurde weiter beschossen; die Explosionen auf dem Bahnhof Tseueiu hielten bis in die Nacht an.

#### Erfolg deutscher Gegenmaßnahmen.

W.W. Berlin, 16. Juli. (Amtlich.) Vor kurzem wurde in der Presse mitgeteilt, daß die französische Regierung angeordnet habe, den deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten Nahrungsmittel, Rauchwaren, Arznei und Toiletartikel aus den an sie gerichteten Sendungen nicht mehr zuzulassen. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß ent-

Präsidenten Maßregeln gegen die französischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Deutschland getroffen worden waren. Jetzt kann erfreulicherweise mitgeteilt werden, daß die französische Regierung ihre Maßnahmen aufgehoben hat. Die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Frankreich dürfen also wieder wie früher Pakete und Sammelbüchlein jeden Inhalts empfangen. Die deutsche Gegenmaßregel wurde daraufhin ebenfalls aufgehoben.

Amerikanische Flugzeuge verentt.

W.D. Berlin, 16. Juli. (Nicht amtlich.) Nachträglich ist festgestellt worden, daß ein Dampfer, der in dem unter dem 8. Juli befohlenen U-Bericht über U-Bootsverluste enthalten ist, laut Kadeliste u. a. 67 verpackte Flugzeuge und Flugzeugmotore von Amerika für Frankreich geladen hatte.

Kampf zwischen Republikanern und Monarchisten in China.

W.D. Peking, 15. Juli. (Nicht amtlich.) In dem Ge- richt zwischen den Republikanern und Monarchisten wurden 10 Soldaten und über 30 Zivilpersonen getötet, 30 Soldaten und viele Zivilpersonen verwundet. Der Materialschaden ist gering. Minderungen haben nicht stattgefunden.

Das Ergebnis des Arbeiter- und Soldatenkongresses.

Die Verantwortlichkeit der sozialistischen Minister. Stockholm, den 12. Juli 1917.

Wie das Bulletin des Arbeiter- und Soldatenrates mit- teilt, hat der allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Kongreß betrachtet es als notwendig im Interesse der Aktionseinheit der russischen Demokratie ein Zentralkomitee zu bilden, das die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte vereinigt.“

Der allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ist das höchste Organ der Räte und leitet ihre ganze gesellschaftlich-politische Tätigkeit. Der Kongreß soll mindestens ein Mal monatlich in Petrograd zusammentreten.

Das Zentralkomitee ist dem allrussischen Kongreß für seine Tätigkeit verantwortlich.

An den Resolutionen des Kongresses festhaltend, leitet das Zentralkomitee alle Schritte der ganzen russischen Demokratie, die Eroberungen der Revolution beschützend und erweiternd und vereinigt die Tätigkeit der örtlichen Organe. Das Zentralkomitee bleibt im ständigen unmittelbaren Kontakt mit den sozialistischen Ministern, kontrolliert deren Tätigkeit in dem Bereiche der inneren und äußeren Politik und hilft ihnen bei der Durchführung ihrer Maßnahmen und bei der Vorbereitung der Gesetzentwürfe.

Die sozialistischen Minister sind in der Zeit zwischen den Tagungen des Kongresses dem Zentralkomitee für ihre äußere und innere Politik verantwortlich.

Das Zentralkomitee tritt der internationalen Demokratie gegenüber als das bevollmächtigte Organ der russischen Demokratie auf.

Alle Resolutionen des Zentralkomitees sind für die vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte bindend.

Das Petrograder Stadtkomitee bildet in dem Zentralkomitee einen Stadtauschuß, der die Petrograder Arbeiter- und Soldatenorganisationen leitet und nicht nur dem allrussischen Kongreß, sondern auch dem Petrograder Räte verantwortlich ist.

Bei der Abstimmung über diese Resolution enthielten sich die Bolschewiki der Stimme. Sie wiesen darauf hin, daß diese Organisation nicht zum erwünschten Ziele führe, nämlich zur Bildung eines kräftigen und einheitlichen Zentrums, das die Revolution energisch weiterführen könnte.

Auf die Arbeiten des Kongresses zurückblickend, sagen die „Iswestija“, das offizielle Organ des Petersburger Sowjets, daß seine historische Bedeutung in der Konzentration aller Kräfte der revolutionären Demokratie läge. Auf dem Kongresse offenbarte sich der Gegensatz zwischen der Minderheit und der gewaltigen Mehrheit, insbesondere die Nichtbewilligung eines Teiles des Petrograder Proletariats mit dem Groß der Arbeiter und Soldaten der Provinz. Am Schlusse des Kongresses wurde dieser Gegensatz merklich schwächer. Die wichtige Stimme des revolutionären Landes übte eine gewaltige Wirkung auf die Petrograder aus. Die Stimmung wurde mehr einheitlich. Das erwähnte allrussische Zentralkomitee ist die Verkörperung der Einheit der revolutionären Kräfte und wird das Land bis zur konstituierenden Versammlung führen.

Ausland.

Änderungen im belgischen Ministerium.

Amsterdam, 16. Juli. (W.D. Nicht amtlich.) „Journal“ meldet aus Le Havre, der belgische Ministerrat habe beschlossen, infolge des Rücktritts des Ministers des Neuhern Bedens das Portefeuille des Ministers des Neuhern dem Ministerpräsidenten Chevalier de Broqueville zu übertragen. Außerdem sollen die Staatsminister S y s m a n und W a n d e r e l d e Portefeuilles bekommen. Ein bisher nicht bezeichneter General soll das Portefeuille des Ministers des Innern übernehmen.

Vertagung des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Wien, 16. Juli. (Abgeordnetenhause.) Am Schluß der Sitzung wies der Präsident Dr. Groß auf die vom Hause geleistete Arbeit hin. (Lebhafter Beifall.) Der Präsident schloß: Ich bin der Zustimmung aller Parteien sicher, wenn ich dem heißen Wunsche Ausdruck gebe, daß dieser Krieg bald beendet wird und daß es gelingen möge, einen dauernden Frieden zu schaffen, der keinen Haß hinterläßt und alle Nationen zu gemeinsamer Kulturarbeit wieder vereinigt. (Lebhafter Beifall und Gänkeklatschen.) Sollten aber die Bemühungen um einen ehrenvollen Frieden noch immer nicht Ziele führen, so werden wir alle wie bisher unser Blut

und alles, was wir haben, einsetzen für Kaiser und Vaterland. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Gänkeklatschen.) Das Haus vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit.

Zusammenstöße in Finnland.

Helsingfors, 15. Juli. (W.D. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Im Laufe einer Nachtigung hat der Landtag einstimmig den Gesetzentwurf über die Gemeindereform angenommen. Infolge einer unter der Bevölkerung herrschenden Erregung, die mit den Landtagsverhandlungen über die Gesetzentwürfe über den achtstündigen Arbeitstag und die Gemeindereform in Zusammenhang steht, ist es gestern in einem Dorfe bei Albo zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Grundbesitzern gekommen. Sieben Arbeiter wurden getötet.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Partei im 9. Reichstagswahlkreis Pforzheim-Durlach-Ellingen hält am Sonntag, 5. August, in Ellingen eine Wahlkreisversammlung ab, in welcher zu den Aufgaben des Parteitag Stellung genommen wird.

Der Würzburger Parteitag verschoben!

Der Parteivorstand schreibt uns: Da die Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates und das holländisch-standinawische Komitee die Internationale Sozialistenkonferenz zum 15. August nach Stockholm einberufen haben, hat der Parteivorstand beschloffen, den Würzburger Parteitag, der am 19. August und den folgenden Tagen stattfinden sollte, zu verschieben. Der neue Termin wird noch bekanntgegeben werden. Die Genossen werden ersucht, die Wahl der Delegierten und die sonstigen Vorarbeiten zum Parteitag vorzunehmen, soweit das noch nicht geschehen ist.

Preiserfolge.

Die „Volkswacht“ in Breslau ist am Freitag wieder erschienen. Ihre Auflage, die sich bisher um etwa 45 000 bewegte, ist

Noch immer keine Klärung.

\* So ist's.

Zu den politischen Vorgängen in Deutschland schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“:

„Es mußte der Weltzug kommen, um eine Reform zu ermöglichen, die seit Menschengedenken fällig, seit der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Deutschland unausschießbar war. Denn es ist heute genau fünfzig Jahre, daß in Norddeutschland mit der Gründung des Norddeutschen Bundes jeder Bürger zwar als Deutscher das gleiche Stimmrecht innehat, als Preuze aber der Herrschaft einer winzigen Minderheit ausgeliefert ist. Dieses Nebeneinander von Recht und Unrecht, nicht nur in den Grenzen desselben Staatsgebietes, nein, im Reichsgebiet jeder Einzelmenschen, war nirgends ungeheurer als in Deutschland, wo die Landtage doch mit dem Namen und den Befugnissen von Staatsparlamenten ausgerüstet sind. Jedes zwei- einhalb Jahre mußte deutsches Blut fließen, mußten Hunderttausende Preußen ihre Gleichheit vor dem Totengräber — wenn sie einen fanden — dazun, ihren „Massencharakter“ in der Verwerfung dahingeben, ehe sich unter dem härtesten Drang und Zwang der von der Sozialdemokratie geführten Parteien das Wort des Kaisers, daß er keine Parteien mehr kenne, in die „Osterbahnschaft“ umsetzte, die noch lange nicht die Gleichheit, die bestenfalls eine Zwischenreform ankündigte. Und schon waren wieder die Freunde der Pluralität und des Wahlbezirksschachers am Werke, mitten in dem furchtbarsten Kriege der Welt, den „Jug“, die „Affenbänne“ als blutiges Satyrspiel zu erneuern. Diesem Treiben hat erst der Reichstag ein Ende gesetzt, als er unter dem Schatten der russischen Revolution und Offensive in dieser Frage alle, selbst die Nationalliberalen, unter dem Banner der Sozialdemokratie versammelte: denn von dieser größten parlamentarischen Katastrophe des deutschen Krieges ist die zweite Erklärung der Oberhoheit bloß ein Ausfluß. Was vor fast siebzig Jahren geschaffen ward als Zwang gegen das Volk, kann nur abgeschafft und umgewandelt werden als Zwang des Volkes gegen seine Zwänger und Dränger.“

Kampf um das Wahlrecht?

Die meisten konservativen Blätter haben die Ankündigung des gleichen Wahlrechts für Preußen resigniert hingenommen, gleichsam wie die Kunde von einem Unglück, das einmal geschehen ist und das man nicht mehr ändern kann. Anders die „Deutsche Tageszeitung“. Sie kündigt „nachhaltigsten Widerstand“ gegen „völlig unerlöste“ Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen an. Das preußische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus würden nicht nur die Fragen nach sichernden Garantien eingehend prüfen, sondern sich auch fragen müssen, ob sie nicht überhaupt lieber die ganze Verantwortung auf den Schultern derer belassen wollten, die der Krone diesen läßlichen Rat erteilt hätten. Sie müßten sich zu entschlossenen Widerstand pflichtgemäß aufraffen und abwarten, ob die leichtfertigen Berater der Krone auch den Mut zur Ostroierung haben würden.

Das ist eine Kampfanlage in der schroffsten Form. Noch ist nicht klar, in wessen Namen und Auftrag sie erfolgt. Bei allen bisherigen Reformankündigungen der Krone hat sofort der konservative Protest in einer Weise eingeleitet, daß Zweifel daran entstehen mußten, ob die gegebenen Zusagen nachher auf friedlichem Wege überhaupt würden durchgeführt werden können. Die Folge war jedesmal eine starke Bewegung im Lande, welche die Regierung zu sofortigen weiteren Maßnahmen nötigte. Diesmal wird es nicht anders sein. Sollte sich herausstellen, daß auch die jüngste Ankündigung des gleichen Wahlrechts von der Reaktion wieder in Zweifel gezogen und bedroht wird, dann kann eben nicht bis zum Herbst gewartet werden — dann muß die Regierung sofort zur Tat schreiten. Jedenfalls wird die Arbeiter- schaft wachsam auf dem Posten sein, daß die erzwungenen Freiheiten ihr nicht wieder durch irgend einen Kniff entziffen werden. Der Bedeutung der Aktion ist sie sich voll bewußt; sie entsinnt sich den Worten von Bebel: „Wenn wir Brecken haben, haben wir alles“.

an diesem Tage zum erstenmale über 50 000 gestiegen. Darunter befinden sich 3500 Feldabonnenten.

Die „Rheinische Zeitung“ in Köln ist einstweilen nicht mehr in der Lage, neue Bezüge anzunehmen. Ihr Vertriebsverhältnis ist seit einigen Monaten so stark gestiegen, daß sie in keinem Verhältnis mehr zu der Auflage in der Zeit steht, in der das Papierkontingent festgesetzt wurde. Zurzeit bringt jeder hundert und mehr neue Bezüge. Die Nachfrage im Straßenverkauf kann nur zum Teil befriedigt werden. Um nicht dann nur vierseitig erscheinen oder wegen Papiermangels das Erscheinen ganz einstellen zu müssen, nimmt die „Rheinische Zeitung“ bis zu weiteres neue Bezüge nicht mehr an. Sie will vor allem denjenigen Bezüglern, die ihr in schweren Tagen die Treue gehalten haben, die regelmäßige Zustellung des Blattes sichern. Es muß der Rat gegeben, daß mehrere Familien zusammen sich ein Exemplar der Zeitung bestellen sollen. — Hand in Hand mit dem raschen Anwachsen der Bezüge geht ein Aufschwung des Druck- serategeschäftes. Namentlich Anzeigen für den Arbeitsmarkt werden zahlreich herangeholt.

Die Haltung der Presse der Unabhängigen

zu der gegenwärtigen politischen Situation wird von der „Internationalen Korrespondenz“ folgendermaßen zutreffend charakterisiert:

„Man kann die Haltung der unabhängigen Presse in dieser großen Entscheidungszeit des deutschen Volkes also dahin zusammenfassen, daß sie beweist, erstens: es ist überhaupt nichts los, nur blinder Lärm — Verhöhnungspulver, zweitens: es ist gar nichts erreicht worden und wird auch nichts erreicht werden, es bleibt alles beim Alten, drittens: was erreicht worden ist, ist nichts wert, das gleiche Wahlrecht in Preußen hat nichts zu sagen, und viertens: wenn etwas erreicht sein sollte, dann hat es gar nicht die Sozialdemokratie geschafft, sondern — das Zentrum und Herr Erzberger. Lieber wahrheitswidrigem Zentrums-Propaganda treiben, als zugeben, daß ein Erfolg auf dem Konto der Sozialdemokratie kommt! Von den Unabhängigen weiß man freilich nur zu sagen, daß die Weltgeschichte sich ganz unabhängig von ihnen vollzieht. Sie stehen draußen und schimpfen.“

Ein Kompromiß.

Zum Kanzlerwechsel schreibt uns unser Berliner Mitarbeiter:

„Die Kanzlerfrage hat mit einem neuen Versuch des Kompromisses geendet. Der starke Mann der großen Kriegsziele und der rücksichtslosen Herrschaft im Innern, vor dem man uns gränzen machen wollte, ist nicht erschienen. Nicht erschienen ist aber auch was man im Interesse des Reiches als Ergebnis der Krise hätte wünschen müssen: das parlamentarische Regierungssystem.“

Es war eine kleine Konzeption an den Gedanken des Parlamentarismus, daß der Kronprinz als Vertreter des Kaisers die Herrschaft empfang und sich von ihnen über ihre Auffassung der politischen Lage unterrichten ließ. Das Ergebnis dieser Unterredungen war die Entlassung des Herrn von Bethmann-Sollern auf die Ernennung des Herrn Dr. Michaelis zum Reichskanzler. Michaelis hat jedoch die Parteiführer keinen Einfluß gehabt, sie sind daher nicht zu Rate gezogen worden und sie haben davon nicht früher als irgend ein anderer Sterblicher erfahren. Herr Dr. Michaelis hat sich dann nach seiner Ernennung sofort mit den Vertretern der Fraktionen in Verbindung gesetzt und zwar zuerst mit den Vertretern jener Fraktionen, die die neue Mehrheit des Reichstags bilden, aber als er dies tat, hatte er sein Amt bereits endgültig übernommen. Herr Dr. Michaelis ist also kein parlamentarischer Reichskanzler erstens schon deshalb, weil er selbst nicht Abgeordneter ist, zweitens weil er die Übernahme des Amtes nicht um einer vorhergehenden Verständigung mit der Parlamentsmehrheit abhängig gemacht hat.

Die Sozialdemokratie kann daher die Ernennung des Dr. Michaelis nicht als eine befriedigende Lösung der Krise betrachten, sondern nur als ein Uebergangsstadium betrachten. Es sie sich während dieses Uebergangsstadiums zu dem neuen Mann stellen wird, das wird von ihm selbst und von seiner Politik abhängen.“

Kein Reichsrat?

In einigen Berliner Blättern tauchte am Donnerstag der Plan auf, es solle versucht werden, aus der gegenwärtigen Krise einen Ausweg zu finden durch Schaffung eines Reichsrats, der ein Vinbegleich darstellen soll zwischen Regierung und Volksvertretung. Hierzu erfährt die „Germania“: Wir glauben zu wissen, daß diesen Pläne die Regierung nicht ferngehandelt hat, sie dürfte aber inzwischen zu der Überzeugung gelangt sein, daß dieser Plan, dessen Zweck in parlamentarischen Kreisen wohl durchsichtbar worden ist, keinerlei Aussicht hat, sie verwirklicht zu werden. Wie wir hören, war beabsichtigt, den sogenannten Reichsrat aus dem Zusammenschluß aus fünf Mitgliedern der Regierung, fünf Mitgliedern des Bundesrats und fünf Mitgliedern des Reichstags. Bei den Parteien des Reichstags hat der Plan eine mäßige Ablehnung gefunden. Auch die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich geschlossen gegen ihn ausgesprochen.“

Graf Brockdorff-Rantzau und die guten deutsch-dänischen Beziehungen.

W.D. Kopenhagen, 16. Juli. Zu dem Gerücht, daß der hiesige deutsche Gesandte Graf Brockdorff-Rantzau zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt sei, schreibt die „Berlingske Tidende“: Seine Aufgabe ist die gewesen, die freundschaftliche Verbindung zwischen Dänemark und Deutschland aufrecht zu erhalten und gute nachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erhalten. Zu diesem Zweck hat er in den Jahren, die er hier verlehrt hat, mit unermüdlicher Energie gearbeitet und hier wie überall, wo er gewesen ist, hat er eine fast ungläubliche Arbeitsfähigkeit gezeigt. Der Gesandte, der unerbittlich war, ist ein Vetter des früheren deutschen Botschafters in Washington, Grafen Brockdorff. Für Dänemark muß es sicher als ein großer Verlust bezeichnet werden, daß ein

seiner und großer Z... ers entgegen... Politiken... wagt, daß... Tümen... wolle, daß u... am ist. W... Staatssekretär... die a u... artgeich... Berlin, 16... man sich... der nächst... mittig 3... orlage vo... wad der... stellen... über... Daran... man anri... gleich die... über die bef... zien betr... Winderheitspa... in 1111 wird... bedingung d... kommen werd... Reichstag... 16. 7. 1917

Die sic

Die dem... chmerzlich... Renndung... ordnung mit... über die... fer“ sind, ver... die andere... andern kennt... über Notwend... offenherzig... von der Z... argen preisg... wieserbis war... Widerstand ge... Lebensgefah... Selbstverständnis... Bis vor w... dem Standp... um Umständen... wenn das sei... der brauchen... des inneren U... politischen En... als und... des Verlanger... über demokra... Abgehen nach... ären Zustän... nachdem es fi... die Reformen... zum bei der... trüd, Hornad... die „Köln. Bo... Die Dst... dem Krie... zu verpredic... Hornad, Gra... Wähigung ü... Also eine c... digen Renord... mania“, wand... der Veröffentlich... gegen... die Umsturz“... trocken werden... neuauagebe fü... Witternacht de... in dem Artin... punkt vertreter... Rechten“ fr... wendigkeit nie... ich sie nicht g... witten Augen... come im Wilt... der Volksrecht... Emer der... mader war bi... Volkstg.“... ngen den R... reform erst n... schied dieser... Es ist... ihre parteipol... es unter D... Köhge der L... Zeit de Liber... schreiben? Der ganze... Reformen mit... in Nr... Wie die... die Wähig... Die pol... daß be

seiner und verständnisvoller Diplomats uns verläßt, und... großer Spannung wird man der Wahl seines Nachfolgers entgegen sehen.

Die nächste Reichstags-Sitzung.

Berlin, 16. Juli. Im Seniorenkongress des Reichstags hat man sich laut „Frankf. Ztg.“ heute darauf geeinigt, daß die nächste Plenarsitzung des Reichstages am Donnerstag...

Wie sich das Zentrum anpaßt.

Die dem Zentrum eigene Anpassungsfähigkeit an das Unvermeidliche zeigt sich auch jetzt wieder bei der politischen Neuordnung. Zunächst hat das Zentrum versucht, die Neuordnung mit den Konservativen gegen die Linke zu machen...

Die Frauen sollen...

In der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses, die der großen politischen Krise voranging, ist über das Frauenstimmrecht gesprochen und dabei ein weiteres zu den vielen sinnreichen Worten über das Frauenwahlrecht geprägt worden.

Die Arbeiterbewegung...

Der Fabrikarbeiterverband führte im letzten Jahre 392 Lohnbewegungen in 626 Betrieben mit 103 054 Beteiligten. Erfolge wurden für 96 199 Beteiligte erzielt, und zwar fand für 259 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 4,17 Stunden wöchentlich statt.

Bewerkschaftliches.

Der Fabrikarbeiterverband führte im letzten Jahre 392 Lohnbewegungen in 626 Betrieben mit 103 054 Beteiligten. Erfolge wurden für 96 199 Beteiligte erzielt, und zwar fand für 259 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 4,17 Stunden wöchentlich statt.

längst überholt ist. Die Wahlrechtsänderung für Preußen kann nicht mehr bis Friedensschluss verschoben werden.

Deutsches Reich.

Die „Neuorientierung“ in Sachsen.

Die sächsischen Minister haben vor einigen Tagen mit dem König Fragen der Neuorientierung in Reich erörtert. Aus den Besprechungen erfahren wir, daß Sachsen alle Eingriffe des Reiches in die verfassungsmäßigen Rechte der Bundesstaaten ablehnt.

Große Taktlosigkeit.

In der Reichstagskommission für Handel und Gewerbe, die am Donnerstag die Vorlage über Wiederaufrichtung der deutschen Seeschiffahrt beriet, erschien als Vertreter der nationalliberalen Fraktion der neu gewählte Abg. Stummann.

Württemberg will sein Postreferat behalten.

Ministerpräsident v. Weizsäcker teilte in der württembergischen 2. Kammer mit, daß die Summe des Ausgleichsbetrages, die Württemberg erhält, über die 4 Millionen des Vorjahres hinausgehe.

Die Frauen sollen...

In der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses, die der großen politischen Krise voranging, ist über das Frauenstimmrecht gesprochen und dabei ein weiteres zu den vielen sinnreichen Worten über das Frauenwahlrecht geprägt worden.

Die Frauen sollen...

Das nach drei Jahren des Krieges, der ja wohl, nach Klauswitz, eine Fortführung der Politik mit anderen Mitteln ist. Das persönliche Leben, das persönliche Glück von Millionen Frauen ist durch diese Politik in Mitleidenschaft gezogen, in einer Weise, die nicht mehr geschildert werden braucht.

Die Frauen sollen...

Über es handelt sich hier doch darum, und danach hat der konservative Abgeordnete wohl noch die Frage gestellt: wollen die Frauen in die Politik hineingezogen werden?

Die Frauen sollen...

Über es handelt sich hier doch darum, und danach hat der konservative Abgeordnete wohl noch die Frage gestellt: wollen die Frauen in die Politik hineingezogen werden?

Bewerkschaftliches.

Der Fabrikarbeiterverband führte im letzten Jahre 392 Lohnbewegungen in 626 Betrieben mit 103 054 Beteiligten. Erfolge wurden für 96 199 Beteiligte erzielt, und zwar fand für 259 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 4,17 Stunden wöchentlich statt.

erhielten. Für 323 Personen konnte eine Lohnföhrung angewährt werden und für 1256 wurde eine Ferienentschädigung oder sonstige Unterstützungen wie Miethilfe usw. erreicht.

Der Lederarbeiterverband hatte am 31. Dezember 6529 Mitglieder, darunter 1743 weibliche. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am gleichen Tage 513; außerdem hatten 863 Mitglieder Arbeit bei herabgesetzter Arbeitszeit.

Baden.

Die Not des Gastwirtsgerwerbes.

Karlsruhe, 16. Juli. In der in der vergangenen Woche hier abgehaltenen Hauptversammlung des Bad. Gastwirtsverbandes wies der Verbandspräsident Fretz bei der Erstattung des Jahresberichts auf die vermehrten Schwierigkeiten hin, mit denen das Gastwirtsgerwerbe im dritten Kriegsjahr zu kämpfen hatte.

Baden.

Die Frauen sollen...

In der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses, die der großen politischen Krise voranging, ist über das Frauenstimmrecht gesprochen und dabei ein weiteres zu den vielen sinnreichen Worten über das Frauenwahlrecht geprägt worden.

Die Frauen sollen...

Das nach drei Jahren des Krieges, der ja wohl, nach Klauswitz, eine Fortführung der Politik mit anderen Mitteln ist. Das persönliche Leben, das persönliche Glück von Millionen Frauen ist durch diese Politik in Mitleidenschaft gezogen, in einer Weise, die nicht mehr geschildert werden braucht.

Die Frauen sollen...

Über es handelt sich hier doch darum, und danach hat der konservative Abgeordnete wohl noch die Frage gestellt: wollen die Frauen in die Politik hineingezogen werden?

Die Frauen sollen...

Über es handelt sich hier doch darum, und danach hat der konservative Abgeordnete wohl noch die Frage gestellt: wollen die Frauen in die Politik hineingezogen werden?

Bewerkschaftliches.

Der Fabrikarbeiterverband führte im letzten Jahre 392 Lohnbewegungen in 626 Betrieben mit 103 054 Beteiligten. Erfolge wurden für 96 199 Beteiligte erzielt, und zwar fand für 259 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 4,17 Stunden wöchentlich statt.

Seite 2. 000 gestiegen. weilen nicht mehr... hängigen... wird von den... en Presse in diese... also dahin... überhaupt nicht... erreicht werden... worden ist... hat nichts... sollte, denn... sondern... heitswidrig... ein Erfolg auf... Unabhängig... geschehe sich... draußen un...

Seite 3. Berliner Mitteil... furch des Kom... kriegsziele und... man uns gemäß... enen ist aber an... is der Krise b... rungsystem... des Ration... Kaisers die Bro... Auffassung der... is dieser Unab... hmann-Göllner... um Reichstagen... t, sie sind dann... er nicht fähig... r Dr. Michael... den Vertretern... mit den Bestre... Reichstags... endgültig über... parlamentarische... ist nicht Abge... Amtes nicht un... ramentmehrheit... nennung des D... e Lösung der... betrachten. W... den neuen Man... seiner Politik ab... Donnerstag der... gegenwärtigen... führung eines... er soll zurück... über die „Ger... enen Pläne... aber inzwischen... er Plan, dessen... schaft werden... nicht zu werden... den Reichstags... den. Auch die... geschlossen gegen... tisch-dänischen... erücht, daß der... ff-Panhan... sei, schreibe... geivelen. Die... ischen D... erhalten un... in Ländern... ren, die er über... eitet und hier... st ungläubig... unberührt... Hofkassiers in... mark muß er... erden, daß...

funde Kinder aus der Nordwestecke der Schweiz zunächst gelegenen und unter dem Kriege am meisten leidenden Gegenden in die Schweiz einzuladen. Da Frankreich durch das französische Konjunktiv in Basel erklärte, daß die Meißelarbeiten für solche Kinder aus Velfort, Besance usw. zu große seien, kommen nur elässige und babische Kinder in Betracht, für die das Auswärtige Amt in Berlin durch das kaiserlich-deutsche Konsulat in Basel die Einladung dankend angenommen hat.

oc. Pforzheim, 16. Juli. In der württembergischen Gemeinde Schönbühl wurden durch Feuer vier Wohnhäuser und eine Doppelgarage eingeeicht. Das Feuer soll durch einen achtjährigen Knaben entstanden sein, der in einem Schopfe ein „Feuerle“ gemacht hatte.

oc. Heidelberg, 17. Juli. Die Heidelberger Krankenerziehungsanstalt „Großherzogin Luise von Baden“, die so viele Monate hindurch in Galizien gegenwärtig gewirkt hat, ist vor einiger Zeit nach Rumänien verlegt worden. Während die erste Gruppe unter der Vorstandschaft des H. Stark noch in der Krankensammelstelle Bukarest tätig ist, kam die zweite Gruppe unter der Vorstandschaft Frau Professor Meier nach Buzau und wurde hier als besondere Station anerkannt. Buzau ist eine Stadt von etwa 18.000 Einwohnern und wichtiger Eisenbahnknotenpunkt. Die Heidelberger Station wurde dort von Feldmarschall v. Madenjen und später von dem Oberkommandierenden beauftragt. (g. A.)

oc. Weiblingen bei Heidelberg, 17. Juli. Der 15jährige Sohn des Landwirts Jakob Hüble aus Eppelheim ist beim Baden an einer der gefährlichsten Stellen im Neckar ertrunken.

oc. Mannheim, 16. Juli. Aus dem Rhein wurde die 41jährige Ehefrau Rosa Negri, welche sich wegen Familienzwistigkeiten das Leben genommen hatte, gelandet.

oc. Mannheim, 16. Juli. Hauptlehrer a. D. Martin Rappert ist am Sonntag auf der Straße gestürzt und infolge der dabei erlittenen Verletzungen gestorben. In dem nun Berechtigten, der ein Alter von 83 Jahren erreichte, beklagte die Mannheimer Lehrerschaft ihren ältesten Angehörigen.

### Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 17. Juli.

#### Not lehr — fehlen.

Das durch den Krieg herausgezwungene Unheil nimmt in der ganzen Welt immer schärfere Formen an. Die Not läßt sich nicht wegzuspüren und es wäre der Wahrheit zuwider zu behaupten, wenn jemand behaupten wollte, die dem deutschen Volk von England zudiffundierte Hungerperre sei ohne Spuren an uns vorübergegangen.

Ähnliche Kräfte beugen auf ihre Art der Not! Brotfabriken haben sich hier und dort aufgetan, die ihre Erzeugnisse — Brotarten, in normalen Zeiten ein wertvolles Stück Papier — zu Preisen loschlagen, die staunenregend sind, aber gerade deswegen von der Not zeugen. Lange geht das Geschäft dieser Art „Selbstverleger“ nicht. Strenge Bekrafung, die mit dem gebotenen Nutzen nicht im Einklang steht, ist die selbstverständliche Folge, denn sie fehlen das auf solche Stellen ergatterte Brot nicht nur dem Staat, sondern der Allgemeinheit vom Grunde weg.

Weniger findige Menschen wissen keinen anderen Ausweg aus diesem Dilemma, als sich auf diebische Art eine bessere Lebenshaltung zu verschaffen. Die Lebensmitteldiebstahl — wie die Eigentumsvergehen überhaupt — häufen sich, die Unantastbarkeit des Eigentums anderer wird verpfunden, und der Strafrichter bekommt Arbeit, die Gefängnisse füllen sich.

Wer die Zeichen der Zeit versteht, weiß sie zu deuten. Mit rhorischer Augenanschlag und mit den Worten: danke ich dir, Herr, daß ich nicht bin wie dieser andere! ist nicht abgetan. So mancher gerät auf Abwege, der es sich nicht hat träumen lassen. Daß wir den Diebstahl verurteilen, versteht sich wohl von selbst. Aber wir haben nicht den

Stein auf, um nach dem Dieb zu werfen, nein, wir suchen die Ursachen, die dazu führen. Und in fast allen Fällen liegen sie in der herrschenden Not begründet. Diese nach Möglichkeit zu lindern, muß Aufgabe aller dazu berufenen Stellen sein. Alle verfügbaren Bestände müssen locker gemacht werden zu Zeiten, wo sie am notwendigsten gebraucht werden. Not lehr nicht immer beten! Not lehr auch stehen! Deswegen sollten alle verfügbaren Nahrungsmittel zur rechten Zeit an die Bevölkerung kommen.

**Verminderte Fleischration, vermehrte Mehration.** Entgegen der Meldung, daß die Brotration vom 15. August wieder auf 1900 Gramm Brot erhöht werden soll, teilt laut „Berliner Tageblatt“ das Kriegsernährungsamt mit, daß diese Nachricht insofern unzutreffend sei, als eine Erhöhung der Brotration nicht eintreten werde. Vielmehr wird bereits Anfang August der Fleischzusatz in Wegfall kommen und infolgedessen eine Erhöhung der Mehration in entsprechendem Maße stattfinden. Die Verhandlungen des Kriegsernährungsamtes mit den Bundesregierungen sind aber hierüber noch nicht abgeschlossen.

**Keine Tischtücher und Servietten mehr.** Die Reichsbesoldungsstelle kündigt eine neue Verordnung an, nach der vom 20. Juli 1917 ab in den öffentlichen Lokalen, Kaffeehäusern, Konditoreien, Erfrischungsräumen, Hotels, Pensionen und dergl., kurz in jedem derartigen Gewerbebetriebe ebenso wie in allen öffentlichen gemeinnützigen Betrieben die Darreichung von Mündtüchern (Servietten) verboten sind. Ferner dürfen vom 1. Oktober 1917 ab in den bezeichneten Betrieben waschbare oder abwaschbare Tischzeuge zum Bedecken der Tische den Gästen nicht mehr zur Benutzung überlassen werden. Es steht aber den Wirten von den genannten Zeitpunkten ab frei, Münd- und Tischtücher aus Papier oder aus reinen Papierergüssen zu verwenden, auch dürfen sie bei Hochzeiten und ähnlichen Festlichkeiten die Gäste ihre eigene Wäsche verwenden lassen. In allen Gewerbebetrieben, in denen Fremde zur Verberberung aufgenommen werden, wie Hotels, Pensionen, sogenannten Kaffeehäusern und dergl. darf vom 20. Juli ab jedem Gast nur ein frisches Mündtuch für den Kalendertag verabreicht werden. Es bleibt auch hier dem Gaste unbenommen, eigene Wäsche mit sich zu führen. Für die Benutzung eines Bades sind weitere zwei Mündtücher oder an Stelle des zweiten Sandluchs ein Bade- oder Frottiertuch zuzustellen. Die Bettwäsche soll grundsätzlich jedem Gaste wenigstens sieben Tage dienen, ehe sie gewechselt werden darf. Nur in außergewöhnlichen Fällen, wie bei Erkrankung oder dergleichen, dürfen einzelne Stücke vorzeitig erneuert werden.

**Eingziehung der Zweimarstücke.** Mit der angekündigten Aufhebung der Nickel- und Silbermünzen wird jetzt begonnen. Der Bundesrat hat zunächst die Aufhebung der Zweimarstücke beschlossen. Das Zweimarstück soll, wie es heißt, nur noch bis zum 1. Januar 1918 als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Man zieht die Zweimarstücke ein, weil das Reichsschatzamt eine Umwälzung dieser Münzen in andere Zahlungsmittel, für die ein größeres Bedürfnis vorliegt, vornehmen will.

**Zur Wildfrage.** Die im Kriegsernährungsamt gepflogenen Verhandlungen über die Frage, wie besser als im Vorjahre Wild in die städtischen Verbrauchergebiete während der Jagdzeit zu bringen möglich sei, haben, wie aus Berlin berichtet wird, ergeben, daß eine einheitliche Bewirtschaftung des Wildes durch eine Reichsstelle unerwünscht und bedenklich ist, daß eine Ausdehnung des Fleischkartensystems auf ihn noch nicht unterliegende Wildarten oder eine Einschränkung der bestehenden Vorschriften keine Abhilfe schaffen kann und daß die geltenden Höchstpreise ausreichend sind. (Allerdings, D. Med.) Das Ziel der Versorgung der Städte mit Wild soll deshalb auf dem in Bayern und Sachsen erprobten Wege

einer Ablieferungspflicht von angemessenen Teilen der Jagd an staatlich bestimmte Abnahmestellen erreicht werden. Hierzu ist eine Rahmenverordnung erlassen worden, die den Grundsatze dieser Ablieferungspflicht für bestimmte Wildarten feststellt und Treibjagden angezeigepflichtig macht. Die Landesbehörden bestimmen ferner die Abnahmestellen, wobei die Einrichtungen der Großstädte- und des Wildhandels möglichst herangezogen werden können.

Es muß abgewartet werden, ob es dieses Jahr für den gewöhnlich sterblichen Hosenbraten gibt.

**Keine Beschlagnahme von Gemüse.** Gegenüber einem auf dem geistigen Wochenmarkte verbreiteten Gerüchte, daß Gemüse infolge einer Beschlagnahme ausgeblieben sei, stellt die „Karlsruh. Ztg.“ fest, daß eine Gemüsebeschlagnahme nicht erfolgt ist.

**Einem 85. Geburtstag begeht heute einer unserer tüchtigen angehenden Ärzte, Prof. Dr. med. Alexander Rißel, sein 85. Geburtstag. Trotz seines hohen Alters ist Dr. Rißel noch in seinem Beruf tätig, gibt Unterrichtsstunden über Hygiene an den hiesigen Lehrerseminaren und in Ettlingen und leitet auch an der Technischen Hochschule über Hygiene, die sein Spezialgebiet ist.**

**Nationaler Frauendienst.** Auf Mittwoch, 10. Juli, hatte der Vorstand des Nationalen Frauendienstes eine Sitzung des erweiterten Ausschusses abgehalten, zu der auch Gäste eingeladen waren. Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft berichtete die Vorsitzende Frau Professor Richter über die Tätigkeit der Dienstleistungen im dritten Kriegsjahr. Die Rinderheime wurden mit gutem Erfolge weitergeführt und nach Möglichkeit erweitert und verbessert. Die Auskunftsstelle über Vermittlung und Bewundel wurde auch in diesem Jahre viel in Anspruch genommen. Es wird vom roten Kreuz unterstützt und steht in steter Zusammenarbeit mit der Internationalen Gefangenensfürsorge. Die Wäsche mußte in diesem Jahre eingeschränkt werden, weil die Gefangenen an getragenen Kleidern aus begrifflichen Gründen fast gänzlich ausfielen. In der ersten Hälfte des Kriegsjahres wurde aber viel gearbeitet. Im Herbst 1916 wurden vom hiesigen Rektorat Rinderhorte in der Zulla- und Hardtschule eingerichtet und dem Nationalen Frauendienst zur Führung übergeben. — Der Firma S. J. Ettlinger, die dem Nationalen Frauendienst die Räume für die Auskunftsstelle über Vermittlung und Bewundel mit Heizung und Beleuchtung zur Verfügung stellt, dankte die Vorsitzende mit warmen Worten. Vor Weihnachten wurde im Anschluß an einen Mitternachtsmahl eine Ausstellung von hiesigen Spielsachen veranstaltet und darauf ein Kursus für die Fertigstellung von Spielsachen eingerichtet. Damit wurde den Kindern die Möglichkeit geboten, auch im dritten Kriegsjahr ihren Kindern einen Weihnachtsstich zu bereiten. Ein Kursus für Wohnungs-fürsorge und Wohnungsverbesserung wurde von Herrn Dr. Kampffmeyer abgehalten. Drei Vortragsabende und einige Mitternachtsmahl wurden veranstaltet. Außer den städtischen Vorstandssitzungen fanden zwei Sitzungen des erweiterten Ausschusses statt. Frau Geheimrat Klein und Frau Hofmeister sprachen über die Tätigkeit ihrer Vereine. Im Januar 1917 schlossen sich die Nationalen Frauendienste zu der „Deutschen Centrale der Nationalen Frauendienste“ zusammen. In der von Kriegsamt gegründeten Kriegsfürsorgestelle arbeitet der Nationalen Frauendienst mit. Im Ausmaß der Goldbankaufstelle und des Seimatanzes ist der Nationalen Frauendienst durch seine ständige Vertreterin. Von der Goldbankaufstelle hat der Nationalen Frauendienst 200 Mark bekommen. Es mußte darauf hingewiesen werden, daß Anwendungen von Geldmitteln sehr notwendig wären. Die Vorsitzende wies auf das vom Bund Deutscher Frauenvereine herausgegebene „Jahrbuch der Frauenbewegung“ und auf die Schrift des Landeswohnungsvereins, Wohnungs-fürsorge und Besiedelung nach dem Krieg“ hin. Nach Belegung des Rassenberichts und nach einigen interessanten Mitteilungen von Frau Rißel über ihre Tätigkeit als Leiterin der vom Nationalen Frauendienst neu gegründeten Berufsberatungsstelle ergriß Frau Professor Kampffmeyer das Wort. Sie ergäbte vom Leben der Deutschen in Brasilien und von ihren eigenen Schicksalen und Erfahrungen in

### Was ist eine Schiffstonne?

Mit immer nachhaltigerem Erfolge erschweren unsere Unternehmungen die Versorgung der feindlichen Länder, indem sie die ihnen feindlichen Material- und Lebensmittel bringenden Schiffe auf den Brand des Meeres schicken. Unsere Teilnahme an dem Umfang ihrer Arbeit ist immer reger geworden und wir müssen uns gegen ein anschauliches Bild von ihren Leistungen machen. Dieser Wissensdurst wird aber von den Verichten über die Versenkungen nur antwortlos befriedigt. Wir erfahren regelmäßig höchstens, eine bestimmte Anzahl Schiffe mit einer bestimmten Anzahl Tonnen sei versenkt worden. So taucht die Frage auf: Was ist eine Tonne? oder richtiger: Was ist hier mit „Tonne“ gemeint? Denn daß es sich hier, mindestens bei den Handelschiffen, um eine besondere Art Tonnen handelt, das zeigt der übliche Zusatz: „Netto- oder Brutto-Registertonnen“.

In der Tat versteht man, wenn man ein Handelschiff nach seinem Tonnengehalt bestimmt, unter Tonne nicht die ein Gewicht angegebene Tonne. Nicht nach dem Gewicht, sondern in erster Linie nach dem Rauminhalt bestimmt sich, wieviel Ladung ein Schiff aufnehmen kann. Der Rauminhalt also bestimmt den Nutzwert des Schiffes.

Nach diesem Nutzwert des Schiffes richten sich die Steuern und Abgaben, insbesondere z. B. die Hafens- und Doggebühren, die der Reederei für jedes Schiff, sei es im Inland, sei es im Ausland, zu zahlen hat. Um diese Abgaben überall nach den gleichen Grundätzen festlegen zu können, war es nötig, international gültige Grundlagen für die Berechnung des Nutzwertes zu schaffen. Dazu boten sich ohne weiteres Rauminhalt und Fassungsvermögen an, nach denen der Nutzwert leicht bestimmt werden konnte. So hat sich ein internationales Raummaß herausgebildet, mit dessen Hilfe in allen Ländern der Rauminhalt der Schiffe ermittelt wird. Dieses internationale Maß ist die „Tonne“: der Name ist ein Uebersetzungsfehler aus jener Zeit, in der es Brauch war, den Rauminhalt dadurch zu berechnen, daß man feststellte, wieviel Tonnen von einer gewissen Größe er zu fassen vermöchte. Die Tonne („Registertonne“) ist ein Raummaß von 100 Kubikfuß oder 2,83 Kubikmeter.

Den gesamten Rauminhalt eines Schiffes, der sich auf diese Weise ergibt, bezeichnet man als den Brutto-Raumgehalt, und ihn meint man, wenn man sagt, ein Schiff habe sombso viel Brutto-Registertonnen. Wer sich eine Vorstellung von der wirklichen Größe eines Handelschiffes machen will, der muß den Gesamt-Raumgehalt ins Auge fassen. In den Meldungen über die

versenkten Schiffe wird es sich meistens um Dampfer von rund 2000 bis zu 4000 Brutto-Registertonnen handeln, und mit diesem Maß ist die Durchschnittsgröße beschrieben.

Aber der Hohlraum, den der Dampfer in sich begreift und der somit in Brutto-Registertonnen ausgedrückt wird, wird natürlich niemals vollständig für die Lagerung der zu befördernden Waren und die Aufnahme der Fahrgäste nutzbar gemacht. Vielmehr müssen, um den allein für die Lagerung dienenden Raum zu finden, die für die Unterbringung der Schiffsmannschaft sowie die für die Maschinen, Kessel und Kohlen nötigen Räume abgezogen werden. So ergibt sich der Netto-Raumgehalt. Er bezeichnet also den unmittelbaren gewinnbringenden Raum des Schiffes. Daher wird er in dem Meßbrief angegeben. Den jedes Schiff auf Grund der amtlich durchgeführten Vermessung erhält. Dieser Netto-Raumgehalt beträgt bei Frachtschiffen im allgemeinen 62 bis 64 Prozent der Brutto-Tonnage, so daß man mithin eine Brutto-Tonne ungefähr einer 1/2-Netto-Tonne gleichsetzen kann. Bei den großen Passagierschiffen ist aber das Verhältnis zwischen Brutto-Tonne und Netto-Tonne ganz anders. Da sie eine möglichst große Schnelligkeit entwickeln müssen, so besitzen sie ungeheure Maschinen und dementsprechende Kessel und Kohlenmengen, und die hierfür bestimmten Räume zählen nicht zu den nutzbaren. Infolgedessen schrumpft die Netto-Tonnage, das heißt die Gesamtheit der für Passagiere und Waren bestimmten Räume, bei den Riesenschiffen im Verhältnis zur Brutto-Tonnage ganz erheblich zusammen.

Während also die Größe eines Handelschiffes stets nach Raumtonnen gemessen wird, bestimmt sich natürlich die Ladung nach dem Gewicht. Auch für die Gewichtsermittlung dient die Tonne als Einheit, hier aber nicht die Raumtonne, sondern die bestimmte Gewichtstonne von 1000 Kilogramm. Wenn man daher die Meldung findet, ein Schiff von 4000 Tonnen Größe habe 6000 Tonnen Ladung gehabt, so ist das nur ein scheinbarer Widerspruch. Denn bei der ersten Angabe handelt es sich ja um Raumtonnen, bei der zweiten um Gewichtstonnen. Tatsächlich ist ein derartiges Verhältnis zwischen dem Rauminhalt und dem Ladungsgewicht recht häufig. So rechnet man z. B. auf einen vollbeladenen Dampfer von 3000 Brutto-Tonnen rund 4500 bis 5000 Tonnen Weizen oder Mais.

Wie groß die Last sein darf, die ein Schiff zu tragen vermag, das hängt von der Art und dem Bau des Schiffes ab. Im allgemeinen beträgt die Tragfähigkeit 220 bis 250 Prozent der Netto-Registertonnage.

### Theater und Musik.

#### Städtisches Konzerthaus.

„Wiener Blut.“ Ähnlich, wie es der Berliner Musikritiker Leopold Schmidt mit Jacques Offenbach unternahm, haben die Herren Leon und Stein aus und um Melodien des „Walzerkönigs“ Johann Strauß ein Stück zurechtgeschmiedet, das den stimmungsvollen Erfolg vollst. verdient, den ihm ein ausverkauftes Haus nachgerade wieder bereitet. „Wiener Blut“, das schon mehreren Erfolg-Jahre hinter sich hat, ist ein fröhliches Spiel, das jugendlichen Sentimentalität entbehrt, in dem weder ein Reiz noch ein Gel oder gar ein Dampfschiff um die Gunst des Publikums wirt, und das seine Unterhaltungsleit in ungemein geschickter Weise nur darauf stützt, daß ein Adiot von Staatsminister beständig die Gattin seines Wiener Geliebten mit dessen Verhältnis, eines gewissen „Dingsda“, verwickelt. Ein Stück, das nicht nur faszinierend sondern — trotz alledem — auch heiter ist! Die Straußsche Musik, in dem Walzer „Wiener Blut“ gipfend, ist sehr glücklich zusammengestellt, und es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob man Tanz- und Marschmusik, wie es hier geschieht, oder einer fröhlichen Bestimmung zuzieht, oder ob man Schubert-Schubert nach „Dreimäderlhaus“-Art durch Bearbeitung und Instrumentation zu einer widerlichen Geschmackverirrung prostituiert. Nicht nur hinsichtlich der Operette an sich, sondern auch was die Ausführung anlangt, bedeutete der vorgestrigte Abend eine wesentliche Sieigerung gegenüber den vorausgegangenen Darstellungen dieser Operetten-Spielzeit. Orchester und Chor sind hier ja stets eine gute Gewähr für den Verlauf der Aufführungen, wenigstens es Herrn Schöppe oft an der letzten Prägung des Rhythmus und noch öfter an der nötigen Schmieglamkeit und Diskretion fehlen läßt. Abgesehen davon, daß Herr Herz seiner Staatsminister bei aller Dialekt etwas mehr parodistisch vornehmen und als direkten Gegensatz zu dem jowalen (von Herrn Schöppe prächtig gegebenen) Karousselbesitzer hätte spielen dürfen, sah und hörte man eine Reihe ausgezeichnete Leistungen, von denen die stimmungsvoll famos disponierte Gabriele der Frau Schmieter, die ausgelassene Pepi der Frau Klaus und Kraft-Lorchings Kammerdiener besonders hervorzuheben werden müssen. Dieser Herr ist ja überhaupt ein Operetten-Darsteller — „ich jags, wie's ist“ — ganz brillanter Begabung. Die Gestaltung des Bühnenbildes und die Regie verdienen besondere Anerkennung.

L. 4.

dem Lande eine Gegenüberstellung in Gebieten der Frauenerziehung und der Rednerinnen.

Die lange Dauer der Kriegsjahre hat gegen die bisherige Erfahrung die Befangenheit der Rednerinnen hervorgehoben. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren.

Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren.

### Groß. Kom.

Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren.

### Jungfer Tag

Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren.

### Die Glode, S.

Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren. Die Rednerinnen sind nicht mehr die gleichen, wie sie vor dem Kriege waren.



